

Federf. Stadtamt: Amt für Stadtplanung u. Bauaufsicht

Vorlage für den	Berichterstatter	Sitzung am	Punkt
Haupt- und Finanzausschuss	Stadtbaurat Tum	01.02.2010	6

öffentliche Sitzung

Betrifft:

**Ausbau der B 224 zur A 52 im Stadtgebiet von Gladbeck
Aktueller Sachstandsbericht**

Begründung:

(ggf. zusätzlich)

In der Sitzung des Rates am 24. September 2009 wurde zuletzt zu dem Thema „Ausbau der B 224 zur A 52 im Stadtgebiet von Gladbeck“ berichtet. Dabei wurde die von Bund und Land angebotene Lösung als unzureichend abgelehnt und der Bürgermeister wurde gebeten, die Gespräche mit dem Land und dem Bund im Sinne des vom Rat der Stadt Gladbeck erhobenen Forderungskatalogs fortzusetzen.

Der aktuelle Stand des Autobahnprojektes stellt sich zwischenzeitlich wie folgt da:

- Landesverkehrsminister Lienenkämper wurde über den o.g. Beschluss des Rates der Stadt Gladbeck schriftlich informiert, verbunden mit der Bitte einen Verfahrensvorschlag für das weitere Vorgehen zu unterbreiten. Weitere Gesprächstermine mit der Fachverwaltung des Verkehrsministeriums haben zwischenzeitlich noch nicht stattgefunden. Aus Verlautbarungen des Ministers anlässlich verschiedener öffentlicher Veranstaltungen (u.a. Verkehrsforum der IHK Nord Westfalen Ende Oktober) war zu entnehmen, dass die A 52 - Autobahnplanung weiterhin eine sehr hohe Dringlichkeit besitzt und dass für Gespräche mit der Stadt Gladbeck noch ein Zeitfenster eingeräumt wird. Eine Entscheidung werde gegen Jahresende 2009 angestrebt.
- Ein Antwortschreiben des zwischenzeitlich ausgeschiedenen Parlamentarischen Staatssekretär Achim Großmann, in dem er an den Rat der Stadt Gladbeck appelliert, die im Zusammenhang mit der Autobahnplanung A 52 erhobenen Forderungen zu überdenken, wurde schriftlich an die Mitglieder des Rates zusammen mit einer fachlichen Beurteilung übersandt. Die vorgebrachten Argumente des Bundesverkehrsministeriums ergaben nach kritischer Überprüfung keine Veranlassung für den Bürgermeister, dem Rat zu dem Straßenbauprojekt eine veränderte Beschlussempfehlung zu unterbreiten.

Mitzeichnungen					
Bürgermeister:	Erster Beigeordneter:	Stadtkämmerer:	Beigeordneter	Stadtbaurat:	Rechtsamt:
Datum:	Datum:	Datum:	Datum:	Datum:	Datum:
_____	_____	_____	_____	_____	_____

Zahl der erforderlichen Protokollauszüge: _____

- Im Rahmen einer Bürgermeisterkonferenz des Kreises Recklinghausen am 17. November 2009 wurde eine Resolution zum geplanten Ausbau der B 224 zur A 52 verabschiedet. Dabei schlossen sich die Unterzeichner, zu denen auch die Oberbürgermeister der Städte Bottrop und Gelsenkirchen gehörten, ausdrücklich den Forderungen der Stadt Gladbeck im Zusammenhang mit dem Ausbau der B 224 zur A 52 an. Dem Landesverkehrsminister sowie dem Regierungspräsident wurde die Resolution übersandt verbunden mit der Hoffnung, dass dieses regionale Votum von Land und Bund nicht ignoriert wird.
- Unternehmensvertreter aus dem Gewerbepark Brauck hatten sich Anfang September 2009 in einem Gesprächstermin bei Bürgermeister Roland über den Stand des Autobahnprojektes erkundigt und dabei ihre Betroffenheit und Befürchtungen im Zusammenhang mit einer langjährigen Autobahn-Baustelle im Stadtgebiet sowie einer verschlechterten Anbindung des Gewerbeparks Brauck geäußert. Im Nachgang zu dem Gesprächstermin haben sich ca. 70 Unternehmen zu einer Initiative zusammengeschlossen und Bürgermeister Roland ihre Position zum Autobahnprojekt schriftlich dargelegt. Ein weiteres Informationsgespräch mit den Unternehmern, zu dem auch der Landesbetrieb eingeladen werden soll, ist demnächst vorgesehen, wenn weitere Erkenntnisse vorliegen.
- Am 1. Dezember 2009 fand eine Sitzung des IHK-Regionalausschusses für den Kreis Recklinghausen statt, in der u.a. das Thema „Ausbau der B 224 zur A 52 in Gladbeck“ behandelt worden ist. Der Bürgermeister hatte dort die Möglichkeit, anhand eines Powerpoint-Vortrages die Problematik sowie die Betroffenheit der Stadt Gladbeck bei der Planung und Realisierung des Autobahnprojekt gegenüber den anwesenden Unternehmensvertretern aus der Region darzulegen. Die von der IHK ursprünglich vorbereitete Beschlussfassung, nach der die Stadt Gladbeck zu mehr Kompromissbereitschaft aufgefordert werden sollte, wurde insbesondere auf Grund des deutlichen Auftretens der anwesenden Vertretern der Gladbecker Wirtschaft nicht weiter verfolgt. Um alsbald zu einer Lösung zu gelangen, bot sich die IHK als Vermittler an einem „Runden Tisch“ mit allen Prozessbeteiligten an.
- Anfang Dezember 2009 überreichte das Bürgerforum A 52 eine Resolution für eine Umgehungslösung der Autobahn A 52, die von 3250 Bürgerinnen und Bürger mitunterzeichnet wurde. Das Bundesverkehrsministerium, das Landesverkehrsministerium, der Landesbetrieb sowie die Fraktionen des Rates wurden über die bürgerchaftliche Aktion schriftlich vom Bürgermeister informiert. Ein weiterer Gesprächsaustausch zwischen dem Bürgerforum und dem Bürgermeister wurde vereinbart.
- Mitte November 2009 wurde der neue Bundesverkehrsminister Dr. Peter Ramsauer angeschrieben und auf das Autobahnprojekt A 52 angesprochen. Dabei wurde das Projekt in Verbindung gebracht mit der Regierungserklärung des Ministers, in der ein erheblicher Nachholbedarf insbesondere bei der Verkehrsinfrastruktur in den alten Bundesländern diagnostiziert wurde. Dem Minister wurde die problematische Finanzierungssituation der A 52 mit den zu geringen Ansätzen im Bundesverkehrswegeplan aufgezeigt. Die örtliche Kritik wendet sich dabei insbesondere gegen die Ungleichbehandlung der Stadt Gladbeck bei vergleichbaren Tunnelprojekten in anderen Städten (z.B. Essen und Dortmund). Um einen persönlichen Eindruck von der Betroffenheit der Stadt Gladbeck durch das Autobahnprojekt zu erhalten, wurde der Minister zu einem Vorort-Termin in Gladbeck eingeladen.

- Das Baudezernat hat in Zusammenarbeit mit Prof. Dr. Lühder weitere verkehrliche Sachverhalte geprüft. So wurde u.a. eine Teilanschlussstelle in Höhe der Straße „Im Gewerbepark“ entwickelt. Für die von Norden kommenden Verkehre ist an dieser Stelle eine Ausfahrt entwickelt worden. Dem Landesbetrieb wurden diese Überlegungen mit der Bitte um fachliche Stellungnahme zugeleitet, eine Antwort steht noch aus. In einem Gesprächstermin mit dem Bottroper Oberbürgermeister und dem örtlichen Bundestagsabgeordneten wurde die Planung vorgestellt. Von Seiten der Stadt Bottrop wird die Planung begrüßt und unterstützt.

Professor Dr. Lühder wird in der Ausschusssitzung anwesend sein und den derzeitigen Stand der planerischen Untersuchungen zu dem Autobahnprojekt in einem Powerpoint-Vortrag darlegen. In der Sitzung werden zudem weitere Informationen zum aktuellen Stand des Projektes gegeben.

Finanzielle Auswirkungen:

keine

folgende

Die konkreten finanziellen Auswirkungen können zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht benannt werden.

Ergebnisrechnung

Ertrag	€
einmalig	
jährlich	

Aufwand	€
einmalig	
jährlich	
<i>darin enthalten:</i>	
Personalaufwand	
Sach- und Dienstleistungen	
Transferaufwand	

investiver Finanzplan

Einzahlung	€
einmalig	
jährlich	
<i>darin enthalten:</i>	
Zuschüsse	
Beiträge Dritter	

Auszahlung	€
einmalig	
jährlich	

Haushaltsmittel stehen: zur Verfügung nicht zur Verfügung

Beschlussentwurf:

Der Haupt- und Finanzausschuss nimmt den Bericht der Verwaltung und den Vortrag von Prof. Dr. Lühder über den aktuellen Stand der planerischen Überlegungen sowie der Gespräche über den Ausbau der A 52 im Stadtgebiet von Gladbeck zur Kenntnis.

Der Bürgermeister
i.V.

Tum
Stadtbaurat

In der Sitzung des

☒ _____-Ausschusses

☒ Rates

☒ Haupt- und Finanzausschusses

am _____ (nicht - öffentlicher Teil) wurde wie folgt beschlossen: